

# Heidrun Dittrich

Mitglied im Deutschen Bundestag - Seniorenpolitische Sprecherin

## Nullrunde 2011? Wir zahlen nicht für Eure Krise! Bundesweite Demonstration am 12.6. in Berlin und Stuttgart

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Ministerium für Arbeit und Soziales teilte mit, dass in diesem Sommer die 20 Millionen Rentner in Deutschland keine höheren Renten erhalten werden.

PolitikerInnen der Regierungsparteien und VertreterInnen von Unternehmerverbänden fordern angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise, dass die Renten sogar gekürzt werden.

Es sind aber weder die abhängig Beschäftigten noch die Rentnerinnen und Rentner für die Krise und für politische Fehlentscheidungen verantwortlich!

**Ich unterstütze daher die bundesweiten Demonstrationen am 12. Juni in Berlin und Stuttgart unter dem Motto: „Wir zahlen nicht für Eure Krise – Gemeinsam gegen Arbeitslosigkeit, Kopfpauschale und Bildungsabbau!“**

Informationen zur Demonstration finden Sie im Internet unter:  
[www.kapitalismuskrise.org](http://www.kapitalismuskrise.org)



*Ihre Heidrun Dittrich*

---

## Politik für SeniorInnen - nicht für Profite! Die Würde des Menschen ist unser Maßstab!

Älter werden muss im 21. Jahrhundert für die absolute Mehrheit der Frauen und Männer nicht mehr eine stetig länger werdende qualvolle Phase von Kompetenzverlusten und von Einschränkungen bedeuten.

Eine möglichst lange selbständige Lebensführung ist das Ideal der übergroßen Mehrheit der Älteren.

Die Realisierung dieses Ideals ist möglich, wenn die Gesellschaft dafür die notwendigen Leistungen für eine vom Kapitalmarkt unabhängige Altersversorgung, eine stabile, effektive und nicht privatisierte, also nicht profitorientierte Daseinsvorsorge im Gesundheitsbereich, der Pflege, des Wohnens, des Verkehrs, für Kultur und Bildung, erbringt.

### **Demografie erzwingt keinen Sozialabbau!**

In Deutschland wächst – wie in allen anderen Industrieländern – der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung.

Dies hat im wesentlichen zwei Ursachen: Die höhere Lebenserwartung und die niedrige Geburtenrate.

**Die höhere Lebenserwartung und damit die Alterung einer Gesellschaft ist ein riesiger historischer Erfolg!**

Aufgrund besserer Lebensbedingungen und wegen des medizinischen Fortschritts leben die Menschen länger. Außerdem ist die Kindersterblichkeit deutlich gesunken.

Durch den sozialen Fortschritt (Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung) sind Kinder schon lange keine notwendige Bedingung mehr für die Absicherung im Falle der Erwerbsunfähigkeit und im Alter. Bereits dies hat mit dazu geführt, dass seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts die Geburtenrate deutlich zurück gegangen ist.

Politikerinnen und Politiker der neoliberalen Parteien sprechen von der „demografische Zeitbombe“ und spalten damit Jung gegen Alt. Diese Spaltung ist deshalb falsch, weil es nicht auf die Anzahl der Jüngeren gegenüber des größeren Bevölkerungsanteils der älteren Generationen ankommt.

Das Problem heute und morgen ist nicht die Entwicklung der Bevölkerungsgruppe im erwerbsfähigen Alter, sondern die Entwicklung der Erwerbstätigkeit und die Verteilung des erwirtschafteten wachsenden Sozialprodukts (Gesamtwert

aller Waren und Dienstleistungen).

D.h. nicht die Verschiebung der Altersstruktur ist das eigentliche Problem, sondern die Art und Weise, wie die Gesellschaft damit umgeht.

Der zunehmende Reichtum muss gerecht verteilt werden. Und da liegt das eigentliche Problem. Unternehmer stecken den zusätzlichen Reichtum in ihre Tasche oder bedienen großzügig ihre Aktionäre.

Wir haben nur etwas davon, wenn Arbeitszeit verkürzt und höhere Löhne bezahlt werden. Dann fließt den Sozialversicherungen auch wieder mehr Geld zu.

Nicht zu hohe, sondern zu geringe Löhne sind unser Problem.

Die Steigerung der Produktivität ermöglicht eine reale Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit z.B. auf 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit schafft Arbeitsplätze. Wenn der Anteil der Erwerbstätigen steigt, werden die sozialen Sicherungssysteme wieder gestärkt.

Heute kommen noch knapp vier Erwerbstätige auf einen 65-Jährigen. In 50 Jahren werden es nur noch zwei sein. Vielen scheint sofort einsichtig, dass das nicht gut gehen kann. Wenn die Menschen immer länger leben und gleichzeitig immer weniger Kinder bekommen, dann scheinen – so die Argumentation der Konservativen – „natürliche Sachzwänge“ zu bestehen, die die Gesellschaft umzubauen.

Diese Verschiebungen sind aber überhaupt nichts Neues. Vor 100 Jahren

kamen auf einen über 65-Jährigen noch zwölf Erwerbsfähige. 1950 betrug das Verhältnis von Jung und Alt noch sieben zu eins.

Wir haben also bereits einen dramatischen demografischen Wandel hinter uns. Nur gemerkt hat es anscheinend niemand.

In Anbetracht der gut laufenden Wirtschaft in der Nachkriegszeit, niedrigen Arbeitslosenzahlen und bis in die 1970er Jahre erfolgtem Ausbau der Sozialsysteme gab es auch keinen Anlass, um sich mit Demografie zu beschäftigen. Der demografische Wandel wurde also unmerklich bewältigt durch den Produktivitätsfortschritt und eine zunehmende Erwerbstätigkeit.

Es drängt sich also der Verdacht auf, dass PolitikerInnen, die von Überalterung und Demografie reden, sich längst auf eine beständige Umverteilung von unten nach oben eingestellt haben.

Auch zugewanderte Arbeitskräfte lösen das Problem nicht. Heute leben gut sieben Millionen Zuwanderer in Deutschland. Aber auch sie werden älter und werden die demografische Verschiebung nur abmildern.

### **Rahmenbedingungen verbessern**

Eine bessere Politik für Familien und Kinder ist die notwendige Rahmenbedingung, um die Möglichkeiten für Frauen zur Berufstätigkeit zu verbessern. Außerdem können nur so die Möglichkeiten der Familienplanung zu einer wirklichen Freiheit für Paare werden.

Auch brauchen wir dringend bessere Betreuungsmöglichkeiten und Ganztags-

schulen, die in unseren Nachbarländern längst üblich sind. Dann können mehr Frauen mit Kindern einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

Das Konzept der Linken nach einer solidarischen Erwerbstätigen- und Bürgerversicherung kann die Rente sofort absichern: Wenn alle Berufsgruppen wie Selbstständige, Beamte und Abgeordnete zusätzlich zu den Beschäftigten einzahlen würden, wäre die Renten- und Krankenversicherung gesichert.

Dann ist die demografische Entwicklung zur Finanzierung der Renten und des Gesundheitssystems kein Problem.

Die Erhöhung der Produktivität wird meist durch Rationalisierung erreicht. Gegen die dann entstehende Arbeitslosigkeit hilft nur die Verkürzung der Arbeitszeit und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch einen sozial-gerechten Umbau der Gesellschaft.

Mit der Absenkung des Rentenniveaus werden die Lohnnebenkosten für die Unternehmen gesenkt. Dies ist eine weitere Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach oben. Mit einer gekürzten Rente und dem Abbau von Sozialleistungen müssen verarmte RentnerInnen mehr bezahlen.

Aktuell ist die Altersarmut weiblich, wird sich aber durch die steigende Erwerbslosigkeit und die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf alle Beschäftigten ausdehnen.

## **Für Sie im Bundestag - Kontakt zu Heidrun Dittrich**

WAHLKREISBÜRO HANNOVER

Heidrun Dittrich, MdB  
Wahlkreisbüro Hannover  
Kötnerholzweg 47  
30451 Hannover

Telefon: 0511 - 44 98 18 65

Mobile: 0178 - 85 11 625

eMail: [heidrun.dittrich@wk.bundestag.de](mailto:heidrun.dittrich@wk.bundestag.de)

BUNDESTAGSBÜRO BERLIN

Heidrun Dittrich, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 26 15

Fax: 030 - 22 77 66 15

Internet: [www.heidrundittrich.de](http://www.heidrundittrich.de)

eMail: [heidrun.dittrich@bundestag.de](mailto:heidrun.dittrich@bundestag.de)